

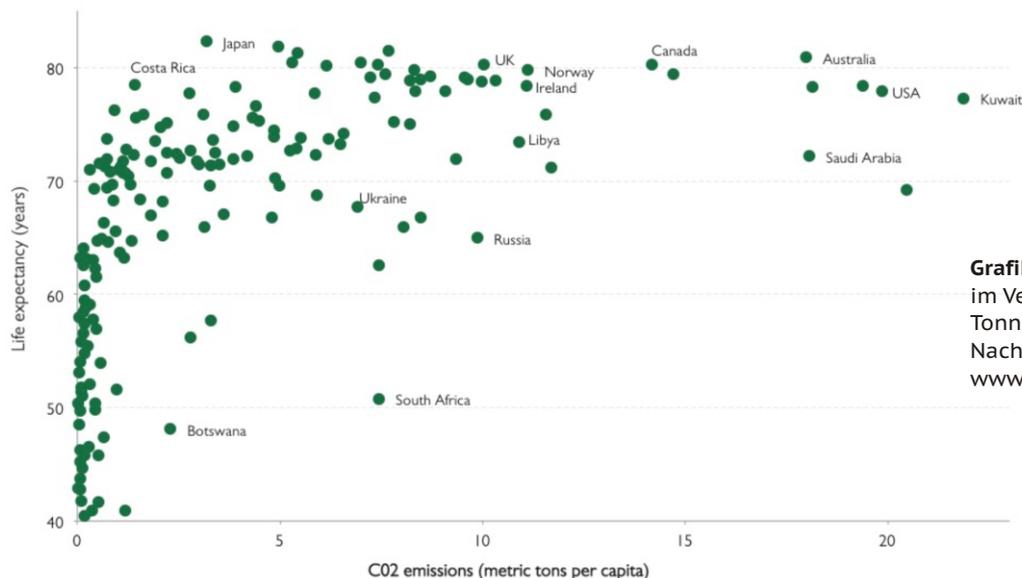
Obwohl man das nicht vermuten mag, hängen Ungleichheit und Nachhaltigkeit eng zusammen – die eine verhindert die andere. Eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der 1992 in Rio verabschiedeten Agenda 21 versucht, ökologische Verträglichkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit im Interesse der heute lebenden Menschen und künftiger Generationen miteinander zu verbinden.

Die Sozialwissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett haben sich in ihren jahrzehntelangen Forschungen zu (Einkommens-)Ungleichheit und sozialen Problemen auch mit dem Zusammenhang von Ungleichheit und nachhaltiger Entwicklung befasst und sind dabei zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Umweltverbrauch und soziale Standards

Zwischen Umweltverbrauch/Umweltbelastung und sozialen Standards gibt es keine zwangsläufige Beziehung:

Costa Rica und Kuba haben trotz wesentlich geringeren CO₂-Ausstoßes keine größere Säuglingssterblichkeit als große Emittenten wie die USA, Kuwait oder Bahrain. Auch die Lebenserwartung ist dort nicht niedriger als in Ländern mit hoher Umweltbelastung (s. Grafik 1). Kuba hat wegen des guten Bildungssystems und der guten Gesundheitsversorgung trotz eines relativ hohen Human Development Index (HDI¹) einen wesentlich geringeren Ökologischen Fußabdruck als Kuwait oder die USA.



Grafik 1: Lebenserwartung (in Jahren) im Verhältnis zum CO₂-Ausstoß (in Tonnen pro Kopf). Nach Wilkinson/Pickett (2009), www.equalitytrust.org.uk

Umweltverbrauch und Einkommensungleichheit

Zwischen Umweltverbrauch und Einkommensungleichheit ist der Zusammenhang dagegen hoch: „Wachstum ist die Ersatzdroge für Einkommensungleichheit. Solange es Wachstum gibt, gibt es auch die Hoffnung, nur das macht große Einkommensunterschiede erträglich.“ (Herny Wallich, ehemaliger Chef der US-Bundesbank).

Der Zusammenhang gilt auch umgekehrt: „Je mehr Einkommensungleichheit, umso weniger brauchen wir die Ersatzdroge. Mehr Gleichheit ist die Voraussetzung für eine Wirtschaft ohne Wachstum.“ (Wilkinson & Pickett, 2009)

Einkommensungleichheit, Verschuldung und Werbung

Einkommensungleichheit erzeugt zum Beispiel den sozialen Druck, sich zu verschulden, um mit anderen mithalten zu können. Robert Frank hat nachgewiesen, dass die Zahl der überschuldeten Familien in den US-Bundesstaaten am höchsten ist, in denen die Einkommensschere am weitesten geöffnet ist.

Auch die Werbebudgets der Wirtschaft variieren mit dem Grad der materiellen Ungleichheit. In Neuseeland und den USA sind sie doppelt so hoch wie in Norwegen und Dänemark.

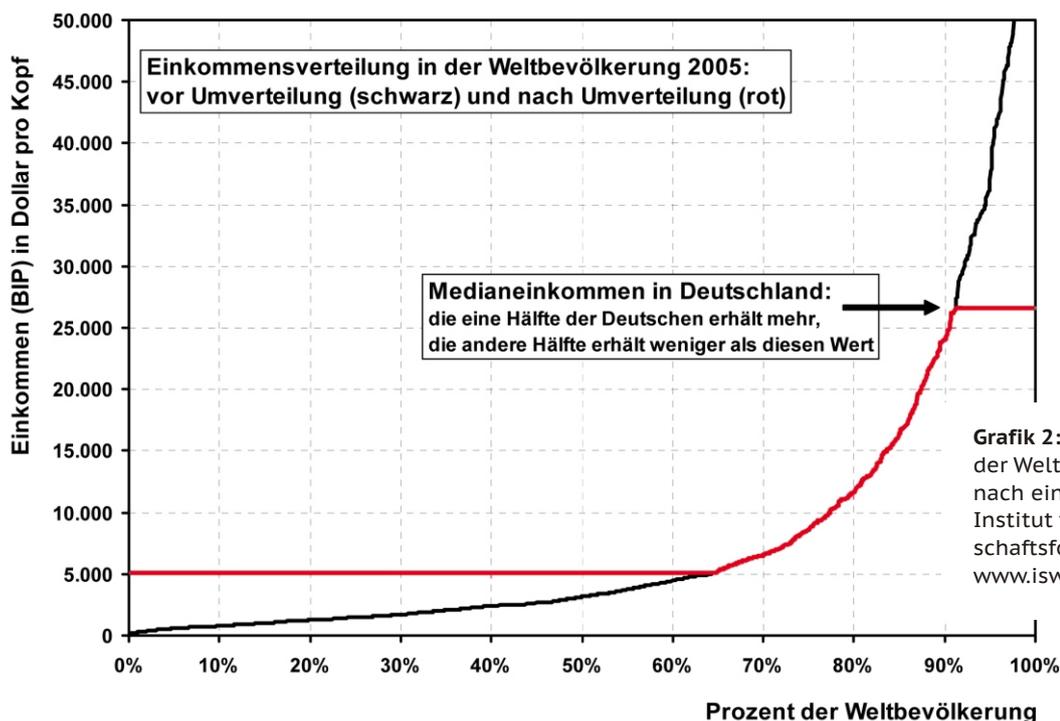
1 Der HDI ist ein Wohlstandsindikator für Länder. In ihn gehen außer dem Bruttonationaleinkommen auch die Lebenserwartung bei der Geburt und Bildungsindikatoren wie Dauer der Schulausbildung ein. Der HDI wurde u.a. deshalb als Bewertungsmaßstab eingeführt, weil ein ausschließlich an ökonomischen Daten orientierter Wohlstandsbegriff im Widerspruch zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung steht.

Umverteilung statt Wachstum

Der Rückbau der Wirtschaft in den Industrieländern auf ein ökologisch verträgliches Maß ist mit erheblichen Belastungen verbunden, die nur dann ohne schwere Verwerfungen verkraftet werden können, wenn die o.g. sozialen und kulturellen Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung erfüllt sind.

Am Beispiel der notwendigen Energiewende würde das bedeuten: Wenn das Klimaziel einer Beschränkung der Erderwärmung auf einen Anstieg um maximal 2 Grad bis

zum Ende des Jahrhunderts eingehalten werden soll, ist dies nur durch eine massive Senkung des CO₂-Ausstoßes möglich – in Deutschland von gegenwärtig ca. 11 auf 2,3 Tonnen pro Person bis 2050, danach sogar auf ca. 1 Tonne. Wenn diese Senkung sozialverträglich gestaltet werden soll, ist eine Einkommensumverteilung notwendig. Das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw) hat ausgerechnet, dass eine global gerechte Einkommensverteilung so aussehen könnte, dass weltweit niemand mehr Einkommen erhielte als der deutsche



Grafik 2: Einkommensverteilung in der Weltbevölkerung 2005 vor und nach einer möglichen Umverteilung. Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, www.isw-muenchen.de

Medianbürger². Alle über diesem Wert liegenden Einkommen würden so umverteilt, dass die darunter liegenden auf ein Mindesteinkommen angehoben und die Spannweite der Einkommen auf den Faktor 5 schrumpfen würde. So könnte verhindert werden, dass die notwendigen Einschränkungen die ohnehin Schwachen weiter belasten würden und alle Menschen weltweit angemessene Lebensperspektiven erhielten.

Fazit

Wer eine nachhaltige Entwicklung und Schonung der natürlichen Ressourcen erreichen möchte, muss sich für größere Einkommensgleichheit einsetzen. Höhere Steuern für Reiche sind aktiver Umweltschutz und ermöglichen allen Menschen faire Lebenschancen.

(Attac AG Soziale Sicherungssysteme im April 2013)



2 Der Medianbürger ist der Bürger, von dem aus betrachtet die eine Hälfte der Bevölkerung mehr Einkommen erhält und die andere weniger.